

# Der Dolchstoß-Prozess.

zu dem Abkommen wurden heute durch den schwedischen Außenminister und den deutschen Gesandten ausgetauscht.

## Vertrauensvotum für Grabst.

Warschau, 23. Oktober.

Der polnische Landtag lehnte den von der radikalen Bauernpartei eingebrachten Misstrauensantrag gegen Grabst mit 182 gegen 153 Stimmen ab. Auch die Anträge auf Absetzung des Sanierungsgehebes und der weiteren Beratung und Einsetzung eines parlamentarischen Ausschusses zur Kontrolle der Wirtschaftspolitik der Regierung wurden mit den Stimmen der großen Parteien abgelehnt.

## Der bulgarisch-französische Handelsvertrag.

Paris, 23. Oktober.

Wie der Korrespondent des „Temps“ in Sofia berichtet, ist zwischen dem bulgarischen Außenminister und dem französischen Gesandten in Sofia ein Handelsabkommen unterzeichnet worden, in dem Frankreich auf weitere fünf Jahre die Reichbegünstigungsklausel zugestanden wird, die es sich auf Grund des Vertrags von Neuilly bis zum 9. August 1925 gesichert hatte. Frankreich seinerseits gesteht den bulgarischen Produkten seine Mindestzolltarife zu.

## Caillaux' Sanierungspläne.

Paris, 23. Oktober.

Zur Diskussion der Caillaux'schen Finanzpläne in dem heute vormittag abgehaltenen Kabinettsrat berichtet Paris u. a.: Finanzminister Caillaux habe in großen Zügen seine Pläne auseinandergesetzt. Er gedachte, sie in der kommenden Woche in der Kammer einzubringen. Man versteht, daß die von Caillaux ausgearbeiteten Entwürfe eine Verminderung der Lasten dank einer sehr durchgreifenden Amortisierung vorsehen werden. Es sei eine Zusatzsteuer auf die Sonderausgaben, die besonders für die großen Einkommen und für das tätige Kapital in Frage kommen, geplant. An Caillaux' Ergänzungen habe sich ein längerer Meinungsaustrausch geknüpft. Die Pläne werden am kommenden Montag einem neuen Kabinettsrat vorgelegt werden und die endgültige Entscheidung werde im Verlauf eines Ministerrats, der am Montag nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten stattfinden, fallen. „Temps“ will wissen, daß ein Mitglied des Kabinetts heute vormittag ausdrücklich erklärt habe, die Regierung werde am kommenden Donnerstag in der alten Zusammenfassung vor der Kammer erscheinen.

## Französischer Kabinettsrat.

Paris, 23. Oktober.

In dem heute vormittag stattgefundenen Kabinettsrat leiteten der Ministerpräsident Painlevé und Außenminister Briand die gegenwärtige Lage in Marokko und Syrien auseinander, wie sie sich nach den jüngsten Nachrichten darstellt. Der Finanzminister Caillaux wählte dem Kabinettsrat bei. Abhandlung begann die Aussprache über die Finanzlage, die in dem am Montag stattfindenden Kabinettsrat fortgesetzt werden soll. Dazwischen wird sich am Montag vormittag ein Ministerrat anschließen.

Paris, 24. Oktober.

Nach dem „Matin“ hat der gestrige Kabinettsrat einen dramatischen Verlauf genommen. Caillaux sprach sich in Allgemeinheiten über seine Finanzpläne aus, worauf der Justizminister de Montzie sein Erstaunen darüber ausdrückte, daß sechs Monate, nachdem Caillaux Finanzminister geworden sei, er nicht einmal ein umfassendes Programm ausgearbeitet habe. Caillaux erwiderte lebhaft. Aber die große Mehrheit der Anwesenden war zurückhaltend. Caillaux stellte dann die Ausarbeitung der endgültigen Gehaltswürfe in Aussicht. Man legte ihm auch nahe, zurückzutreten, damit ein anderer Finanzminister die Finanzierung durchführen könne. Caillaux soll aber geantwortet haben, er werde das Finanzministerium nur auf Grund einer Abstimmung im Parlament verlassen. Wegen den Gedanken des Rücktritts des ganzen Kabinetts habe Briand erklärt, daß es nicht anzügig sei, denn der Außenminister müsse vor der Kammer unverzüglich die Fortsetzung der Abkommen von Locarno fordern, deren Ratifizierung sobald wie möglich erfolgen sollte, was durch eine Kabinettsratsbeschlusse herbeigeführt werden würde. Schließlich habe man sich für eine Vertagung auf den Kabinettsrat am kommenden Montag entschieden.

## Besprechung Briands mit Lord Crewe.

Paris, 24. Oktober.

Wie der „Petit Parisien“ berichtet, hat der Außenminister Briand gestern mit dem englischen Botschafter Lord Crewe die von Deutschland der Botschafterkonferenz überreichte Note über die Entwaffnung besprochen und sich mit ihm auch über den griechisch-bulgarischen Grenzzwischenfall unterhalten.

## Russischer Besuch in Paris.

Paris, 23. Oktober.

Die Sowjetbotschaft in Paris läßt durch Savas mitteilen, daß der stellvertretende Volkskommissar für den Außenhandel Frankin, von Moskau kommend, hier eingetroffen ist. Der Zweck dieser Reise ist, den Handelsverkehr zwischen Frankreich und Sowjetrußland zu beleben.

München, 23. Oktober.

## Fregattentaktik a. D. Ginzmann

aus Bremen, der dem Flottenstab zuletzt als Leiter der Operationsabteilung angehört hatte, machte eingehende Bekundungen über den im Oktober 1918 geplanten Flottenvorstoß nach dem Kanal, der so vorbereitet gewesen sei, daß das Unternehmen äußerst glücklich hätte durchgeführt werden können. Der Versuch, die Flotte zum Auslaufen zu bringen, scheiterte daran, daß auf zwei Schiffe die Mannschaft den Gehorsam verweigerte. Ein wesentlicher Moment lag in der Einstellung der U. S. P. und des Spartakusbundes, unter allen Umständen mit dem Kriegszustande ein Ende zu machen. Auch die Lage, daß in England und Frankreich eine ähnliche revolutionäre Bewegung im Gange sei, spielte eine entscheidende Rolle.

## Der nächste Zeuge

Konteradmiral a. D. v. Levedow

gab in längeren Ausführungen ein Bild der Entwicklung der Lage zur See im letzten Jahre des Krieges und des Versuches eines Vorstoßes nach dem englischen Kanal. Der Aufforderung zur Einstellung des Unterseebootkrieges vor dem Waffenstillstand habe sich Admiral Scheer ergeben, aber gebeten, den Unterseebootkrieg als Druckmittel für die Waffenstillstandsverhandlungen im Auge zu behalten. Die Marine brauche keinen Waffenstillstand. General Ludendorff teilte ihm im September 1918 mit, der Generalfeldmarschall und er seien zum Schluß gekommen, daß die baldige Einstellung von Friedensverhandlungen sehr erwünscht sei. Als Scheer eine Erklärung verlangte, betonte Ludendorff, daß auch er die Durchführung des Unterseebootprogramms als Druckmittel für die Waffenstillstandsverhandlungen als durchaus erwünscht halte.

Von einer Waffenfreudung könne natürlich nicht die Rede sein. Der Kaiser besaß, am großen U-Bootprogramm festzuhalten, weil es als Trumpf gegen die Feinde getebe in Aussicht auf die Friedensverhandlungen von vitaler Bedeutung sei. Hier war auch der historische Moment, wo der Kaiser in erster Haltung sagte: „Wir haben den Krieg verloren. Ich habe geschwiegen und geglaubt, Gott werde ihn anders lenken. Nun kann ich nur hoffen, daß das deutsche Volk so vernünftig sein wird, tren zu seinem Kaiser zu halten. Herr und Volk haben sich glänzend geschlagen. Leider die Politiker nicht.“

Der Zeuge bekundete weiter, er trage die Verantwortung für die Einstellung des U-Bootkrieges im Falle der bedingungslosen Operation des U-Bootkrieges

## Der Hochseeflotte den Befehl zum baldigen Einmarsch

zu erteilen. Dem Flottenchef Trotha und dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden sei darüber Vortrag gehalten worden. Obwohl der Reichskanzler keine verbindliche Zusage erteilte, habe er die Ansicht, der U-Bootkrieg sei weiterzuführen, durchaus geteilt. In der Kabinettsitzung am 17. Oktober 1918 gab Ludendorff der Auffassung Ausdruck, daß noch nicht alles verloren sei, wenn das Volk zusammenstehe. Die Front im Westen sei, wenn auch unter allmählicher planmäßiger Zurückverlegung der Stellung, jedenfalls noch mehrere Monate, schimmtenfalls noch über den Winter, zu halten. Die unerlässliche Voraussetzung hierfür sei aber, daß vom Kabinettsrat alles Ernsthafte getan werde, um der Zerschlagung des Geistes des Volkes und der Wehrmacht entgegenzuarbeiten. Mit diesem Appell habe sich Ludendorff besonders eindringlich an Staatssekretär Scheidemann

und die von ihm vertretene Partei gewandt. Keinesfalls dürfe die Rede sein von einer Unterwerfung unter die Note Wilsons. Admiral Scheer betonte, daß die Marine keinen Waffenstillstand benötige. Eine Einstellung des Unterseebootkrieges vor dem Waffenstillstand müsse ausgeschlossen bleiben.

## Der Zeuge schilderte sodann die Kabinettsitzung vom 19. Oktober

vormittags, in der sich Bizekanzler Payer sowie die Staatssekretäre Gröber und Erzberger entschieden gegen eine Einschränkung des Unterseebootkrieges wandten, und die Nachmittagsitzung, in der das Kabinettsamt zum gegenseitigen Beschluß kam. In der Abendsitzung des gleichen Tages erklärte Admiral Scheer, daß er sich der Einschränkung des Unterseebootkrieges nicht fügen könne, sondern dann die Einstellung des Unterseebootkrieges überhaupt veranlassen werde. Als schließlich unter dem Drängen der Reichsregierung der Kaiser beschloß, den Unterseebootkrieg aufzugeben, erklärte sich Admiral Scheer bereit, den Befehl zur völligen Einstellung des Handelskrieges durch Unterseeboote zu geben, erklärte aber sofort, daß nunmehr die Hochseeflotte zur Operation eingesetzt werden müsse.

## Reichskanzler Prinz Max von Baden habe dem Zeuge diesen Befehl scharfen Widerspruch erhoben.

Der Zeuge schilderte dann die Vorgänge in der Kabinettsitzung in der Nacht auf den 26. Oktober, in der sich Hindenburg, Ludendorff und Scheer gegen die Unterwerfung unter Wilsons Bedingungen in der letzten Note wandten, wobei dem Reichskanzler seinen Abschied am nächsten Tage erbat und auch erhielt. Schließlich äußerte sich der Zeuge auch über

## den geplanten letzten großen Vorstoß der deutschen Flotte

in den Kanal und seine Verhinderung. Telegraphisch gab darüber der Flottenchef am 2. November folgendes an: Es handelt sich um eine bolschewistische Bewegung, die von Mitgliedern der U. S. P. an Bord der Schiffe geleitet wird. Die Zentrale scheint in Wilhelmshaven zu sein. Bereits am 3. November griff die Bewegung auf Kiel über. Vom 7. November ab befanden sich die Marinergarnisonen sämtlicher Küstenplätze an der Nord- und Ostsee sowie das Gros der schwimmenden Streitkräfte in den Händen der roten Soldatenteile. Schließlich äußerte sich der Zeuge noch über die Eindrücke, die er

## am 9. November bei der Abdankung des Kaisers

empfangen habe. Der Kaiser habe damals den anwesenden Herren erklärt, Prinz Max von Baden habe bereits vormittags ohne sein Wissen und seine Ermächtigung seine Abdankung proklamiert und mit den Worten geschlossen: So bin ich mit meinem Reichskanzler bedient worden. Von einer Abfahrt nach Holland sei bei dieser Besprechung nicht die Rede gewesen. Dieser Plan sei erst am Abend von Hindenburg und von Hinde durchgedrückt worden.

## M. A. Hirschberg kündigt die Wiederholung seines schon vor Monaten gestellten Antrages an,

## den Prinzen Max von Baden und v. Payer als Zeugen zu laden.

Bei verschiedenen von der Verteidigung an den Zeugen Levedow gerichteten Fragen kam es zu einer Kontroverse, da der Zeuge die Verantwortung der nicht in sein Arbeitsgebiet gehörenden Fragen ablehnte. Auf die Frage des Sachverständigen betonte Levedow, daß die Absicht des Einjagers der Hochseeflotte sowohl dem Kaiser, wie auch dem Reichskanzler mitgeteilt worden sei.

Der nächste Zeuge

## Fregattentaktik a. D. Scheibe

aus Berlin, erster Offizier des Schlachtskreuzers „v. D. Tamm“, zuletzt Chef der Presseabteilung der Obersten Seekriegsleitung, äußerte sich über die Verhandlung und Verpflegung der Mannschaften, die einwandfrei gewesen sei, und betonte, die revolutionäre Bewegung sei bis ins einzelne von der U. S. P. organisiert und in die Mannschaften und das Heer hineingetragen worden. Der letzte Zeuge des heutigen Verhandlungstages, Kommandant des Linien-schiffes „Schlesien“

## v. Waldeyer

schilderte die Vorgänge an Bord seines Schiffes und bekundete u. a., daß auch hier Gerüchte von revolutionären Vorgängen bei der englischen Flotte die Mannschaft irreleiteten. Darauf wurde die Weiterverhandlung auf Montag vertagt. Zur Vernehmung kommen dann die von der verklagten Partei geladenen Zeugen, unter ihnen eine Reihe führender Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei.

München, 23. Oktober.

Der S. P. D.-Dienst schreibt zu der Vernehmung des Konteradmirals v. Levedow u. a.:

Es hatte zunächst den Anschein, daß seine Vernehmung recht kurz sein würde, da der Zeuge selbst erklärte, der von ihm im ersten Dolchstoßbericht abgedruckten Denkschrift nichts Wesentliches hinzuzufügen zu können. Durch das Drängen der Anwesenden ließ er sich jedoch herbei, die 17 Seiten seiner Denkschrift in den „Süddeutschen Monatsheften“ nahezu Wort für Wort vorzulesen und dazu überall dort, wo er es aus politischen Gründen für vorteilhaft hielt, lärmende und schimpfende Einschaltungen kritischer Art zu machen, jedoch seine „Vernehmung“, d. h. seine Philippika gegen das Kriegskabinettsrat des Kaisers Prinz Max von Baden, schließlich drei volle Stunden in Anspruch nahm. Wie oft er auch seinen Kaiserenthusiasmus bis zum Gebrüll steigerte, wie oft er auch mit beiden Händen in die Luft und auf den Tisch trommelte, wie rüde und überheblich er sich wiederholt gegen den Prinzen Max von Baden, gegen Herrn v. Payer und andere äußerte — nicht ein einziges Mal unterbrach ihn der Vorsitzende.

Abgesehen davon, daß es nicht haltbar ist, daß ein Zeuge seine Aussage größtenteils wörtlich aus einer gedruckten Zeitschrift abliest, so entbehrt es jedenfalls vollständig jeden Zusammenhangs mit dem Prozeßstoff, wenn dieser Admiral in einer langen Randbemerkung zu seiner Denkschrift eine leidenschaftliche persönliche Verteilungsgeste auf Ludendorff hielt und ihn als „einen gewaltigen Menschen, einen Titanenkraft“ in Vergleich setzte zu den „jammervollen und kläglichen“ Gestalten des Kriegskabinettsrat Prinz Max von Baden. Was kümmerte diesen Militärkrieger reinsten Wassers die zwiespältige Hafarbeurteilung Ludendorffs vom 29. September bis 1. Oktober 1918, als dieser von der Reichsregierung die sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen verlangte, während er ihm gegenüber nur den Wunsch nach baldigen Verhandlungen ausdrückte!

Einige kurze Fragen des Verteidigers Dr. Hirschberg lehnte der Zeuge in Festweibelt ab zu beantworten. Begreiflich, denn diese Fragen waren ihm außerordentlich unangenehm, so vor allem die Frage, ob ihm bekannt sei, daß sich Prinz Max von Baden der Forderung Ludendorffs nach sofortigem Waffenstillstand mit allen Mitteln widersetzt und sich erst dann fügte, als Ludendorff sein Verlangen mit der katastrophalen Lage an der Westfront begründete.

## Damaskus unterwirft sich.

Paris, 23. Oktober.

Die Stadtvertretung von Damaskus hat nach englischen Meldungen folgende französischen Bedingungen angenommen: 1. Entrichtung einer Schadenersatzsumme in Höhe von 40000 ägyptischen Pfund; 2. Einführung der Kriegsgesetze während 15 Jahren und 3. Auslieferung von 50000 Gewehren. Die durch die Beschießung der Stadt verursachten Schäden sollen sehr groß sein. Viele Gebäude seien in Brand geschossen worden, darunter der Bahnhof von Reidan und ein Teil des Palastes Ajm. Etwa 1000 Menschen seien getötet oder verwundet worden. 400 französische Soldaten, zum größten Teil Algerier, sollen gefangen worden sein. Die Verbindung zwischen Damaskus und Dara sei unterbrochen. Das Eintreffen französischer Verstärkungen in Höhe von 10000 Mann wird für nächste Woche erwartet.

## Der Krieg in Marokko.

## Vorstoß spanischer Streitkräfte.

Paris, 23. Oktober.

Savannnachrichten aus Melilla besagen: Die spanischen Streitkräfte im Frontabschnitt von Alhucemas haben gestern einen Vorstoß durchgeführt, um die Verbindung mit dem Dschebel Marassi und den Anhöhen nördlich des Dschebel Salomas herzustellen. Dadurch wird die Wasserversorgung

in dieser Gegend, die durch die fündige Beschießung der Wasserplätze durch die Wüste gefährdet war, sichergestellt. Der Gegner hat nur schwachen Widerstand geleistet und ist unter schweren Verlusten zurückgeschlagen worden, während die spanischen Truppen nur leichte Verluste hatten. Spanische Flaggzeuge haben die Küste zwischen Afta und Sidi Drif beschossen.

## Rifabteilungen zurückgetrieben.

Paris, 23. Oktober.

Savannnachrichten aus Tanger besagen, daß an der Westfront einige Rifabteilungen unter Zurücklassung von Verwundeten, Waffen und Munition zurückgetrieben worden seien.

## Tetuan von den Rifanten beschossen.

Paris, 23. Oktober.

„Chicago Tribune“ erfährt aus Oratrar, daß die Rifante Tetuan beschossen sollen. Der Palast des spanischen Oberkommissars sei bereits von mehreren Granaten getroffen worden.

## Ein faschistischer Ueberfall in Locarno.

Bern, 23. Oktober.

In der heutigen Bundesversammlung wurde der Locarner Zwischenfall Casati-Boade behandelt. Bekanntlich hatte der italienische Kriegsverstümmelte

und ehemalige Hauptmann Casati den Mitarbeiter des Pariser „Cruve“ wegen einer Bemerkung über die faschistische Bewachungsmannschaft des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini geohrfeigt, ein Zwischenfall, der unliesames Aufsehen erregt hatte. Der Bundesrat hat beschloffen, Casati eine Verwarnung erteilen zu lassen mit der Androhung der Landesverweisung für den Fall einer nachmaligen Verletzung der schweizerischen Gastfreundschaft.

## Zur Lage in China.

Danlau, 23. Oktober.

In einer Konferenz der führenden Militärs wurde Marshall Wupeifu zum Oberbefehlshaber der chinesischen alliierten Streitkräfte gewählt.

Peking, 24. Oktober.

Das diplomatische Korps hat beschloffen, daß ihm von Wupeifu zugegangene Manifeste nicht zu beantworten. Nach einer nichtamtlichen Meldung erhebt das Manifest dagegen Widerspruch, daß der Zentralregierung irgendwelche Munitionsanleihe gewährt werde, und daß die Tarifkonferenz abgehalten werde, solange die gegenwärtige Regierung im Amte sei.